

13./VI. 1918

221

**Der Hauptvoranschlag der Stadt Wien.**

Der Stadtrat begann heute mit der Beratung des Hauptvoranschlags der Stadt Wien für das Verwaltungsjahr 1918/19. Der Berichterstatter Vizebürgermeister Hof leitete sein ausführliches Exposé mit einigen allgemeinen Bemerkungen ein, denen wir folgendes entnehmen: Die Wirtschaft der Gemeinde Wien ist in der Kriegszeit nicht mehr lediglich eine Geldwirtschaft einer autonomen Körperschaft, sondern sie paßt sich mit Rücksicht auf die kriegsmäßigen und kaufmännischen Einrichtungen zum Großteil mehr der Wirtschaft eines Kaufmannes an. Im Vordergrund aller Aufgaben der Gemeindeverwaltung stehen derzeit solche Aufgaben, die sich mit den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen zu beschäftigen haben, wobei in erster Linie das Approximations-, das Sanitätswesen, die Arbeits-, Wohnungs- und Jugendfürsorge und die damit verbundene Geldwirtschaft zu nennen sind. Diese veränderte Situation dürfte für die Gemeindeverwaltung wahrscheinlich auch noch durch längere Zeit nach dem Kriegsende bestehen bleiben und die derzeitige Verwaltungsorganisation und das Budget werden auch weiterhin dieser Wirtschaftsvorm zumindest für einzelne Gebiete Rechnung tragen müssen. Wenn auch der Hauptrechnungsabluß für das Verwaltungsjahr 1916/17 ein verhältnismäßig günstiges Resultat ergab, woraus angenommen werden könnte, daß die wirtschaftliche Kraft der Stadt auch weiterhin den gestellten Anforderungen entsprechen dürfte, so darf doch nicht übersehen werden, daß mit den ganz außerordentlichen Wirkungen des fast vierjährigen Krieges zu rechnen ist und daher für den Voranschlag sehr ungünstige Voraussetzungen bestehen. Die durch den Krieg im allgemeinen hervorgerufenen Verhältnisse und insbesondere die verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen der Gemeinde stellen an die Gemeindeverwaltung immer höhere finanzielle Anforderungen, zu denen noch die schier hemmungslosen Preissteigerungen für die kurrente Verwaltung kommen. Die Anforderungen des Armen- und Wohlfahrtswesens steigern sich zusehends und die Einnahmen erfahren Einbußen. Trotz der vom Gemeinderat im Vorjahre schon zum zweitenmal beschlossenen Erhöhung bestehender und Einführung neuer Abgaben, trotzdem der Hauptvoranschlagsentwurf unter den Deckungskosten einen Betrag von 30 Millionen Kronen aus der im Vorjahre bewilligten 80 Millionen Kriegsanleihe enthält, ergibt sich ein Abgang von rund 315 Millionen Kronen, der zum größeren Teile darauf zurückzuführen ist, daß von den städtischen Großunternehmungen die städtischen Straßenbahnen nichts, die Gaswerke fast nichts und die Elektrizitätswerke nur zwei Drittel des Voranschlages für 1917/18 zur Abfuhr an die Gemeinde veranschlagt haben. Die Ursache liegt in den abnorm hohen Personalkosten und den hohen Preisen aller Betriebsmittel, insbesondere aber in der Kohlenverteuerung. Der Gemeinderat wird daher neuerlich an eine Erhöhung der Einnahmen der Unternehmungen schreiten müssen, um das Gleichgewicht im Stadthaushalte zur Not aufrechterhalten zu können.

Das Gesamterfordernis beträgt 355,085.040 Kronen, wovon für ordentliche Zwecke 255,809.680 K. und für außerordentliche Zwecke 99,275.360 K. entfallen. Die eigenen Einnahmen der Gemeinde betragen 141,529.410 K., aus den Anleihen und den Rücklagen der Unternehmungen werden für Investitionszwecke 60,867.820 K. entnommen, die Umlagen sind mit 91,150.940 K. veranschlagt. Von dem sich ergebenden Abgange von 61,516.870 K. kann ein Teil von 30 Millionen Kronen noch durch den Rest des im Vorjahre für die Bestreitung der außerordentlichen Kriegsauslagen bewilligten Anlehens von 80 Millionen Kronen bestritten werden, während für einen weiteren Teilbetrag von 14 bis 15 Millionen Kronen die Staffenbestände der Gemeinde Deckung bieten. Der restliche Abgang von rund 17 Millionen Kronen, der auf die Minderabfuhr der städtischen Gaswerke, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen zurückzuführen ist, wäre durch die Erhöhung der Einnahmen, beziehungsweise durch Erhöhung der Tarife dieser Unternehmungen zu beschaffen.

Nach dem Berichte des Vizebürgermeisters Hof wurde sofort in die Spezialdebatte eingegangen.

Bei der Post „Bürgeraufnahmetaxen“ wünscht Stadtrat Dr. Hein die Aufnahme von Mitgliedern der Opposition in den Heimats- und Bürgerrechtsausschuß und tritt dafür ein, daß bei der Ernennung von Bürgern keinerlei konfessionelle Rücksichten ausschlaggebend sein sollen.

Bei der Beratung der Gruppe „Steuerwesen“ bespricht Stadtrat Heindl die gegenwärtig herrschende Hundswut und die damit zusammenhängenden zahlreichen Erkrankungen und beantragt die Erhöhung der Steuer für Luxus Hunde von 20 auf 50 K. Nach einer Debatte, an welcher sich die Stadträte Knoll, Grünbeck, Dr. Hein, Nemes und Höbel beteiligten, wird der Antrag abgelehnt.

Stadtrat Dr. Hein wünscht, daß dem Verlangen der Hausbesitzer nach Gewährung von höheren Abzugsprozents für Erhaltungskosten Rechnung getragen werde, da dieses Verlangen im Hinblick auf die wesentliche Erhöhung der Reparatur- und Instandsetzungskosten vielfach gerechtfertigt ist.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt.